



Erster Juli 1990. Neues Geld für Ostdeutschland.

Theo Waigel<sup>1</sup>:

Wir mussten den Menschen in der DDR ein Signal geben. Und das war die Währung, mit der man überall auf der Welt etwas einkaufen ...ah konnte.

Die D-Mark kommt. Eine harte Währung für 16 Millionen Einwohner.

Edgar Most<sup>2</sup>:

Mit der D-Mark-Einführung, mit diesem falschen Umrechnungskurs, waren wir endgültig pleite.

Mit dem neuen Geld kommen auch die Aufkäufer aus dem Westen. Viele werden das Geschäft ihres Lebens machen.

Im Grunde genommen ist es eigentlich das gröſste Betrugskapitel, das es in der Geschichte Deutschlands gibt.<sup>3</sup>

## **TITEL** **Raubzug Ost** **Treuhand und die Abwicklung der DDR**

Gesang: *So ein Tag, so wunderschön wie heute...*

Der Freude über die D-Mark folgt schnell Ernucherung. Über Nacht ist die DDR-Wirtschaft dem internationalen Wettbewerb ausgeliefert. Jetzt sollen die volkseigenen Betriebe „marktfähig“ gemacht werden. Eine ganze sozialistische Volkswirtschaft umwandeln, das ist Aufgabe der Treuhandanstalt Berlin. Investoren aus dem Westen wittern das ganz große Geschäft. 8.000 DDR-Betriebe sind im Angebot. Noch nie in der Geschichte wurden so viele Betriebe gleichzeitig privatisiert. Treuhand-Chef Rohwedder, ein Spitzen-Manager der westdeutschen Industrie, hat ein klares Konzept:



Das wesentliche ist, das volkseigene... das staatseigene industrielle Vermögen der DDR, das heißt also die Kombinate, die VEBs, zu privatisieren. Wo eben möglich, zu sanieren, in Ordnung zu bringen. Wo eben möglich und stillzulegen oder zu liquidieren, wo unabweisbar.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> ehemaliger Finanzminister der BRD

<sup>2</sup> ehemaliger Vizepräsident der DDR Staatsbank

<sup>3</sup> Werner Schulz, Mitglied des Europäischen Parlaments

<sup>4</sup> Detlev Karsten Rohwedder, Präsident der Treuhandanstalt 1990



Man hätte normalerweise eine Transformation gebraucht von der Planwirtschaft in die Marktwirtschaft. Aber, was erfolgt ist, war eine Desindustrialisierung. Im Grunde genommen wurde das gesamte Industriekapital der DDR mit einem Schlag vernichtet.<sup>5</sup>

Scharfenstein im sächsischen Erzgebirge. Jahrzehntlang einer der bedeutendsten Industrieregionen der DDR. Nach dem Krieg hatten die Russen die Maschinen demontiert und die Scharfensteiner bauten aus dem Nichts ihre Kühlschrankfabrik wieder auf, produzierten Millionen Kühlgeräte für den Weltmarkt.

Albrecht Meyer<sup>6</sup> und Dieter .. haben ihr ganzes Berufsleben im Kühlschrank-Werk DKK verbracht:

Man meidet eigentlich diese Gebäude. Wenn man lange Zeit hier praktisch sein Brot verdient hat. Man denkt auch wie... was alles hier entwickelt worden ist'. Man hat gesehen, wie der Betrieb gewachsen ist' und das auf einmal alles weg ist', dann ist' man etwas betrübt.<sup>7</sup>

Werkstatt voll,... voller Maschinen und Anlagen. Täglich sind — also in Spitzenzeiten — im Zwei-Schichten-System, 5.600 Verdichter gebaut worden, hier in dieser Halle.<sup>8</sup>

Verdichter (Kühlschrankmotoren) wurden in dem DDR-Vorzeigebetrieb entwickelt und gebaut. Fünfeinhalbtausend Beschäftigte montierten an verschiedenen Standorten Motoren, Kühlschränke und Kühltruhen. Alle 25 Sekunden verließ ein Kühlschrank das Fließband. Insgesamt 16 Millionen. Geblieben ist nur ein Museum.

Hier haben wir das Modell H 149. Der ist bis 1969 produziert worden. Eine Stückzahl von etwa 800- bis 900.000. Auch in den Westen ist er exportiert worden, zu QUELLE unter dem bekannten Namen „Privileg“, hat er dort auch in den Haushalten sein Zuhause gefunden.<sup>9</sup>

Noch über die Wende hinaus, liefert DKK in den Westen. Doch die Treuhand will den Betrieb schließen. Denn nach Einführung der D-Mark, kann DKK nicht mehr mit Gewinn produzieren. Bis zur Währungsunion geht die Kalkulation auf:

Jeder Kühlschrank kostet in der Herstellung 360 DDR-Mark. Im Westen sind 360 DDR-Mark nach einem internen Umrechnungskurs gerade einmal 82 D-Mark wert. Der Kühlschrank wird an die Firma QUELLE verkauft, für 140 D-Mark. Jeder Kühlschrank erzielt also einen Gewinn von 58 D-Mark. Nach der Währungsunion aber kostet die Herstellung eines Kühlschranks mehr als das vierfache. Statt 360 DDR-Mark 360 D-Mark. Wenn der Kühlschrank jetzt in den Westen für 140 D-Mark verkauft wird entsteht pro Kühlschrank kein Gewinn, sondern ein Verlust von 220 D-Mark.

Die Dramatik in der Tat war die, dass mit dem Wechselkurs, D-Mark — DDR-Mark quasi eins zu eins, das verbunden war wie eine 400 prozentige Aufwertung und das bedeutet im Endeffekt, dass die

<sup>5</sup> Werner Schulz

<sup>6</sup> ehemaliger Entwicklungschef der DKK-Fabrik

<sup>7</sup> Albrecht Meyer, ehemaliger Entwicklungsleiter bei DKK

<sup>8</sup> Dieter Schaarschmidt, Produktionsleiter bei DKK

<sup>9</sup> Dieter Schaarschmidt



Produkte auf den Weltmärkten 400 Prozent teurer werden. Das ist nicht nachzuvollziehen.<sup>10</sup>

Die D-Mark Einführung hat schwerwiegende Folgen: Sogar wettbewerbsfähige Branchen wie der DDR-Schiffbau verlieren ihre Absatzmärkte. Die Druckmaschinen des DDR-Kombinats „Planeta“, bisher im Westen gut verkäuflich, werden zu teuren Ladenhütern. Doch die damalige Bundesregierung unter Helmut Kohl macht nicht die D-Mark Einführung, sondern allein den Zustand der DDR-Wirtschaft für die Absatzkrise verantwortlich. Die DDR, angeblich ein Pleite-Staat, mit fast ausschließlich maroden Betrieben.

Man hat gern geglaubt, die DDR gehöre zu den führenden zehn Industrienationen der Welt. Das war eine absolute Illusion. Die DDR war eigentlich, um es zivilrechtlich zu sagen, vor der Insolvenz.<sup>11</sup>

Er bestreitet das. Edgar Most, früher Vizepräsident der DDR-Staatsbank, danach bei der Deutschen Bank.

Die DDR hat Anfang 1990 wenigsten soweit funktioniert, dass alles, was der Osten selber brauchte auch selber erwirtschaftet wurde. Das haben wir heute, zwanzig Jahre nach der deutschen Einheit nicht. Die ostdeutschen Länder sind keine selbsttragende Gesellschaft. Die können nur vom Geld „West“ leben.<sup>12</sup>

Sie wollen damals das DDR-Vermögen retten. Die Bürgerrechtler Gert Gebhardt und Matthias Arzt Am berühmten Runden Tisch im Schloss Schönhausen in Ostberlin kämpfen Sie im Februar 1990 gegen den Ausverkauf der DDR, warnen vor einer zu schnellen Einführung der D-Mark. Ihre Idee: Das Volksvermögen soll an die übergehen, die es erschafft haben – die DDR-Bürger.

Die Ursprungsidee der Bildung einer Treuhandanstalt war die, auf der einen Seite den DDR-Bürgern die Möglichkeit zu geben als Wirtschaftssubjekt, als selbstständiger Akteur und Bürger in einer bürgerlichen Demokratie und Marktwirtschaft agieren zu können. Dazu sollte er auch sein Eigentum bekommen.<sup>13</sup>

Am Runden Tisch geht es um die Zukunft der DDR. Wolfgang Ullmann, von der Gruppe Demokratie Jetzt! fordert eine Treuhandanstalt, aber ganz anders, als sie später kommen wird.

Ich will mich mit aller mir zu Gebote stehenden Autorität dafür einsetzen, dass in unserem Lande eine Treuhandstelle errichtet wird, zur Sicherung der Rechte der DDR-Bevölkerung am Gesamtbesitz des Landes.<sup>14</sup>

Und so beauftragt der Runde Tisch die Regierung mit der Gründung einer Treuhandanstalt. Die 16 Millionen DDR-Bürgern, ihren Anteil am Volksvermögen sichern sollen. Das Muster der Vermögens-Anteil-Urkunde hatte Gert Gebhardt schon mal zu Hause ausgedruckt.

<sup>10</sup> Ludolf von Wartenberg, Bundesverband der deutschen Industrie

<sup>11</sup> Theo Weigel, CSU, ehemaliger Bundesfinanzminister

<sup>12</sup> Edgar Most, ehemaliger Vizepräsident der DDR-Staatsbank

<sup>13</sup> DDR-Bürgerrechtler Matthias Arzt

<sup>14</sup> DDR-Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann



In Modrows Treuhand-Verordnung hieß es noch: „Zur Wahrung des Volkseigentums wird die Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums gegründet.“  
Daraus wird in De Maizières Treuhandgesetz:

„Das volkseigene Vermögen ist zu privatisieren.“

Der Kernpunkt ist, die Produktionsmittel und den Grund und Boden zu übertragen als Privateigentum in Händen der realen Bürger — DDR-Bürger, mit der Annahme, jeder bekommt ein 16 Millionstel. Und die Treuhand sollte genau diesen Transformationsprozess organisieren.<sup>15</sup>

Kurz darauf erlässt DDR-Ministerpräsident Modrow von der PDS eine Verordnung über die Treuhandgründung zur Wahrung des Volkseigentums. Doch im März 1990 gewinnt Lothar De Maizières Allianz für Deutschland die Volkskammerwahl. Die alternativen Pläne der Bürgerrechtler haben keine Chance mehr. Jetzt soll die Marktwirtschaft nach westdeutschen Vorbild kommen.

Die Mehrheit der Ostdeutschen stimmt gegen einen eigenen Weg der DDR für den Beitritt zur Bundesrepublik.

Im Ergebnis war dann die D-Mark doch zugkräftiger als Wahlprogramm, weil nicht über die Folgen geredet worden ist. Und es ist ja bedauerlicherweise nicht dazu gekommen, dass die Alternative umgesetzt worden wäre.<sup>16</sup>

Das ist geblieben vom Kühlschrankschrankwerk DKK Scharfenstein, eine DDR-Firma, die ihre Produkte sogar im Westen absetzen konnte. Ab Mitte 1990, nach der D-Mark-Einführung, hatte DKK nur noch Verluste gemacht. Die Kühltruhen und Kühlschränke ließen sich nicht einmal mehr zum Herstellungspreis verkaufen.

Der Betrieb arbeitete nicht mehr wirtschaftlich und es gab also nur eins hier: Hier müssen die Lichter ausgemacht werden und da war das Problem „DKK“ praktisch besiegelt.<sup>17</sup>

Im Sommer 1992 will die Treuhand DKK endgültig dicht machen. Mehrere tausend Mitarbeiter stehen vor der Arbeitslosigkeit.

Es musste jedem klar sein, dass wenn ich diese extrem starke D-Mark, wenn ich die von einem Tag auf den andern auf das DDR-System übertrage, dann musste das so etwas geben wie einen monetären Urknall. Und mich ärgert noch bis auf den heutigen Tag, dass die Dimension des Knalls überhaupt nicht in die Perspektive gerückt worden ist!<sup>18</sup>

Noch aber geben die Scharfensteiner nicht auf. Entwickeln zusammen mit Greenpeace

Die westdeutschen Kühlschrankschrankhersteller schicken ein Warnschreiben an 50.000 Händler. Sie behaupten, die Kühlmittel des DKK-Gerätes seien brennbar und deshalb „Gefahrenquellen im Gebrauch“.

den ersten Öko-Kühlschrank der Welt ohne das berüchtigte Treibhausgas FCKW. 70.000 Vorbestellungen gehen ein. Bei DKK schöpft man Hoffnung. Doch die Treuhand will eine

<sup>15</sup> DDR-Bürgerrechtler Gerd Gebhardt

<sup>16</sup> DDR-Bürgerrechtler Gerd Gebhardt

<sup>17</sup> Albrecht Meyer, ehemaliger Entwicklungsleiter DKK

<sup>18</sup> Professor Rudolf Hickel, Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bremen



Präsentation des neuen Kühlschranks verhindern. Und die übermächtige Konkurrenz aus dem Westen macht den Öko-Kühlschrank schlecht.

Die Konkurrenz wollte eigentlich erreichen, dass dieses Gerät nicht verkauft wird, dass praktisch hier der Betrieb DKK Scharfenstein weiterhin im Abwärtsgang blieb, und vielleicht auch dann geschlossen werden musste.<sup>19</sup>

Das ist auch das Ende des Öko-Kühlschranks. Stattdessen übernimmt die Konkurrenz aus dem Westen die angeblich so gefährlichen Kühlmittel. Die sind heute weltweit Standard. Die DKK-Ingenieure aber mussten aufgeben.

Wenn die Maschinen dann tot sind, ist es Abschied nehmen, wie am lebenden Wesen. So ungefähr ist das Gefühl. Weil man dann wirklich weiß, es ist jetzt endgültig das Aus, obwohl die Hoffnung vielleicht noch keimt, dass es wiedermal losgeht. Aber das Aus ist endgültig. Das ist wirklich der schlimmste Moment.<sup>20</sup>

Wie DKK geht es Hunderten von Firmen. Sie werden abgewickelt, trotz guter Produkte. Kritiker werfen der westdeutschen Industrie vor, sie habe mögliche Konkurrenten von vornherein verhindert.

Das ist maßgeblich der Einfluss der Wirtschaftsverbände in Westdeutschland gewesen. Das im Grunde genommen die Frage, was hat in der DDR, dann in der Ex-DDR, Überlebens-Chance was wird vernichtet, was wird weiterentwickelt, ausschließlich in die Hände geraten ist der Konkurrenten, nämlich vor allem aber auch der Stahl-Baron, der Wirtschaftsmanager aus Westdeutschland. Die haben das Regiment übernommen und darüber entschieden.<sup>21</sup>

Dieser Vorwurf unterstellt einen sehr, sehr großen Einfluss der Industrie. In der Wahrheit war's aber so, dass mit der Treuhand und auch auf Einladung des Bundeskanzlers der Bundesregierung sehr, sehr viele Manager und Familienunternehmer sich die Betriebe in den Neuen Bundesländern angeschaut haben, um zu prüfen, ob man in diesen Betrieb investieren kann, ob man diesen Betrieb eingliedern kann, ob man in diesem Betrieb eine Produktionsteilung mit westdeutschen Produkten herstellen kann.<sup>22</sup>

Herbst 1990. Die Politik hatte „blühende Landschaften“ versprochen. Doch der westdeutschen Industrie geht es vor allem um die eigenen Interessen.

Man war nicht interessiert, dass es einen weiteren Autobauer gibt in Ostdeutschland. Man war nicht daran interessiert, dass es einen FCKW-freien Kühlschrankhersteller gibt im Osten. Man hat diese Betriebe als Konkurrenten auch ganz bewusst ausgeschaltet. Man war nur an Filialbetrieben, an Zweigwerken, an verlängerten Werkbänken interessiert.<sup>23</sup>

Und so geben sich die Geschäftsleute aus dem Westen der Treuhandanstalt die Klinke in die Hand. Sie können unter 8.000 DDR-Großbetrieben mit 32.000 Standorten wählen. Der Verkauf sollte der Staatskasse Milliarden bringen. Der erste Treuhandchef Rohwedder will als Sanierer mit Herz gesehen werden. Der ehemalige HÖSCH-Manager glaubt anfangs, dass er viele Betriebe und Arbeitsplätze retten kann.

<sup>19</sup> Albrecht I

<sup>20</sup> Dieter Sc

<sup>21</sup> <sup>21</sup> Profess

<sup>22</sup> <sup>22</sup> Ludolf

<sup>23</sup> Werner S

Rohwedder schätzt den Wert der DDR-Wirtschaft zunächst optimistisch ein. „Der ganze Salat ist 600 Milliarden D-Mark wert.“ Der Substanzwert der DDR, eine riesige Summe. Dabei ist nicht einmal der Immobilienbesitz der Firmen mitgerechnet. Wenige Jahre wird die Treuhandanstalt 250 Milliarden D-Mark Schulden hinterlassen, nach einem dramatischen wirtschaftlichen Absturz.



Hans-Peter Gundermann, Manager aus der westdeutschen Erdöl-Industrie soll die gesamte Energiewirtschaft der DDR als Generalbevollmächtigter privatisieren.



Im Herbst 1990 wechselt er zur Treuhand. Warum?

Genau das hat mich auch Herr Dr. Rohwedder gefragt. Meine Antwort war: „Ich stamme aus Magdeburg<sup>24</sup> und freue mich derartig über die deutsche Wiedervereinigung, dass ich gern mitwirken will, die ehemalige DDR wieder nach Deutschland zurückzuführen.“<sup>25</sup>

Gundermann ist verantwortlich für 260.000 Mitarbeiter in 200 Großbetrieben. Die sollen an Investoren verkauft oder geschlossen werden. Die potentiellen Käufer wittern große Geschäfte, wollen die Preise drücken und möglichst viele Beschäftigte loswerden. Einer der Firmen, die Gundermann privatisieren soll ist der Wärmeanlagenbau Berlin, WBB, der größte DDR-Betrieb für Heizkraftwerke und Fernwärmetrassen. WBB produziert außerdem Heizgeräte für den Haushalt. Als leitende Angestellte haben Wolfgang Weber und Dieter Stefan hier Jahrzehntlang gearbeitet. Sie gehen 1991 optimistisch in die Marktwirtschaft, wollen sogar Teile ihrer Firma übernehmen.

Vom Personal und von der Technik und von den Werkstätten her war'n wir auf jeden Fall super aufgestellt. Äh... Wir hatten moderne Produktionsstätten, wir hatten geschultes Personal und hätten auch den Umschwung, auf den wir uns ja auch eingestellt haben, geschafft.

Weber und Stefan sind damals überzeugt, dass die Firma genug Rücklagen hat, um sich

Denn im Sommer 1990 besitzt der Wärmeanlagenbau Berlin, WBB, Immobilien im Wert von 38 Millionen D-Mark, ein Barvermögen von 153 Millionen D-Mark, ein Teil davon Vorauszahlungen von Kunden, bei Schulden von 31 Millionen ergibt sich ein Substanzwert von rund 160 Millionen D-Mark. Außerdem erwartet WBB Einnahmen aus Altaufträgen in dreistelliger Millionenhöhe.

auf dem Markt zu behaupten.

Ein solides Unternehmen, fit für den Markt? Die Treuhand sieht das völlig anders.

Die Aussichten der WBB von 1991 waren nicht gut. Der Übergang zur Marktwirtschaft war sehr zweifelhaft. Sie hatten mit ihren noch damals 1200 Mitarbeitern einen Riesen Personalblock am Hals. Sie mussten diesen Personalblock in D-Mark jetzt bezahlen und das war natürlich nur zu vertreten, wenn entsprechende Einnahmen generiert werden konnten. Das war sehr fraglich.<sup>26</sup>

Der Ertragswert, also der zu erwartende Umsatz von WBB, ist im Gegensatz zum Substanzwert 1991 jedoch gering. WBB hat nach der Umstellung auf die D-Mark viele Kunden und damit Umsatz verloren.

<sup>24</sup> Stadt in Ostdeutschland

<sup>25</sup> Hans Peter Gundermann, ehem. Treuhand-Bevollmächtigter (1930-2016), vor Beitritt zur Treuhand Vorstandsmitglied der Mobil Oil AG, ein US-Ableger von Mobil Oil New York seit 1899, welche nach dem Zusammenschluss mit Exxon zur US-amerikanischen Ölkonzern Exxon Mobil Corporation wurde.

<sup>26</sup> Hans Peter Gundermann

Der Ertragswert ist die normale Methode für die Bewertung eines Unternehmens. Das ist eine feststehende Tatsache. Niedriger Wert, deshalb niedriger Ertragswert, der Substanzwert spielt keine Rolle.<sup>27</sup>

Die Treuhand schätzt das Vermögen nicht auf 160 Millionen, sondern viel geringer ein. Für sie hat WBB so gut wie keinen Wert. Denn in einer Dienstanweisung legt die Treuhand fest: „Nach herrschender Lehre gilt für den Fall der Unternehmensveräußerung allgemein der Ertragswert.“

So werden Firmen wie WBB zu Schnäppchen für Aufkäufer, auch für Kriminelle. Im Auftrag der Berliner Staatsanwaltschaft untersucht Kriminaldirektor Heinz Jankowiak damals kriminelle Machenschaften rund um die Treuhand. Jankowiak und seine Sonderermittlungsstelle ZERV verfolgen Hunderte von Fällen sogenannter Vereinigungskriminalität. Auch den Fall WBB.

Wenn ich eine Chance auf<sup>28</sup> Markt habe, dann ist es nicht nur der Ertragswert, sondern dann muss ich auch die Mittel, die vorhanden sind, berechnen. und das hat die Staatsanwaltschaft in diesem Fall hier ganz genauso gesehen, denn die „Wärmeanlagenbau“<sup>29</sup> hatte Aufträge, die „Wärmeanlagenbau“ hätte bei ordentlicher Führung durchaus auch einen Ertrag bringen können. Unter diesen Gesichtspunkten halte ich das für unmoralisch nur den Ertragswert zu betrachten.

DDR Seilschaften und westdeutsche Spekulanten verbünden sich. Im Fall WBB kungeln die Geschäftsführer mit einem Kaufinteressenten aus dem Westen, rechnen den Wert der Firma systematisch klein. Von alledem erfährt die Belegschaft erst später.

Hier wurde geschwindelt bis zum Gehnichtsmeer. Und wir hatten von der Geschäftsführung die Anweisung, die Bewertung möglichst niedrig durchzuführen. Und an dem Beispiel des Bauwagens sieht man das eigentlich auch. So ein Bauwagen kostete mal 20 bis 25 Tausend Mark der DDR und mit der Wende und der Bewertung dieser Firma war so ein Bauwagen eben nur noch eine D-Mark Wert. Und da hatte ich eben das Gefühl, hier wird ganz bewusst das Unternehmen runtergerechnet.<sup>30</sup>



Er profitiert davon: Der westdeutsche Geschäftsmann Michael Rottmann. Für den Wärmeanlagenbau mit 1.200 Beschäftigten und wertvollen Immobilien zahlt er gerade einmal 2 Millionen Mark. Rottmann verspricht Großes.

Mit modernster Technologie und hochspezialisierten Mitarbeitern kann man die Brötchen herstellen.

<sup>27</sup> Hans Peter Gundermann

<sup>28</sup> auf dem

<sup>29</sup> hier die Firma „Wärmeanlagenbau“, sonst der Wärmeanlagenbau

<sup>30</sup> Dieter Stephan, ehemaliger Abteilungsleiter WBB



Rottmann kauft den Großbetrieb WBB über eine kleine Schweizer Firma: die **Chematec AG**. Die ist in der Energiebranche völlig unbekannt, residiert zeitweise in einem unscheinbaren Wohnhaus.

**Journalist:** Wie prüft man einen Kaufinteressenten wie die Chematec AG aus der Schweiz?

**Gundermann:** Gute Frage. Im Endergebnis würde das bedeuten, dass man 8000 Käufer – und nachher waren sogar 14.000 Käufer, weil die Unternehmen aufgespalten wurden – ... da hätte man zu jedem Käufer hingehen müssen und dem mit einem Team überprüfen müssen. Aber diese Prüfung war faktisch unmöglich. Wir waren nicht ausgestattet dafür.

Die Treuhand hat uns in einer Besprechung einmal gesagt, dass sie zur gründlichen Überprüfung teilweise nicht in der Lage sind, weil der politische Druck, schnell zu handeln und das abzuwickeln, was abzuwickeln war, das dazu geführt hat, dass man bei Überprüfungen verhältnismäßig großzügig sein musste. Und da sind da bestimmt auch Dinge durchgerutscht, die hätten gründlicher geprüft werden müssen.<sup>31</sup>

Und so fällt der Treuhand auch nicht auf, dass der Käufer nicht einmal mit eigenem Geld bezahlt:

Die WBB-Geschäftsführung zahlt an Chematec für Beratungsleistungen 2 Millionen D-Mark. Von diesem Geld kauft Chematec WBB. Die neuen Eigentümer vergeben aus dem WBB-Vermögen Kredite in Millionen-Höhe:

- 43 Millionen an eine Firma in der Schweiz, weitere
- 39 Millionen an eine Liechtensteiner Firma

Danach ist WBB zahlungsunfähig.

Rottmann wickelt das Unternehmen ab, entlässt die meisten Beschäftigten, dann verkauft er die WBB. Für die Firmenzentrale in bester Lage in Berlin und für die Produktionsstätten erzielt Rottmann stolze 147 Millionen D-Mark. Die Treuhand hatte die Gebäude als relativ wertlos eingestuft. Rottmann kassiert, setzt sich ins Ausland ab.

Es ging nur darum, dass Unternehmen auszuhöhlen. Die Immobilien zu verkaufen, das Geld rauszuziehen. Und da der Personalabbau so rasant weiterlief, war das völlig klar erkennbar. Es gab kein unternehmerisches Interesse, dass ein Betrieb wie Wärmeanlagenbau vernünftig weitergeführt werden sollte.<sup>32</sup>

Der Mann, dem die Treuhand den Wärmeanlagenbau anvertraut hatte, kann sich 14 Jahre lang im Ausland<sup>33</sup> verstecken und sich der Verhaftung entziehen. Erst viele Jahre später wird Rottmann in England gefasst und in Dezember 2009 in Berlin zu einer mehrjährigen Haftstrafe wegen Untreue verurteilt. Die Firmengelder, fast 200 Millionen D-Mark bleiben verschwunden.

<sup>31</sup> Heinz Jankowiak, Kriminaldirektor

<sup>32</sup> Wolfgang Weber, ehemaliger Abteilungsleiter WBB

<sup>33</sup> in den Vereinigten Staaten

Weber, Stephan und über 1.200 Kollegen verlieren damals ihre Jobs und auch einen Teil ihrer Renten. Die werden um 10 bis 15 % gekürzt. Die Treuhand hatte WBB nicht als Produktionsbetrieb, sondern als reinen Dienstleister eingestuft, zum Nachteil der Ingenieure.

Die Erklärung der Treuhand, dass WBB kein Produktionsbetrieb war, hat ja bis in die heutige Zeit reichende negative Auswirkungen für die Beschäftigten. Die Ingenieure bekommen nicht die ihnen zustehende Ingenieursrente, in der Höhe, wie das nach Einigungsvertrag und nachfolgenden Rechtsvorschriften eigentlich sein müsste. Den Menschen wird dieser Rentenanteil vorenthalten beziehungsweise dauerhaft gestrichen.

Wie WBB werden ab 1990 auch Überlebensfähige volkseigene Betriebe verramscht, ausgeplündert – abgewickelt. Nach der D-Mark-Einführung halbiert sich die Industrieproduktion Ostdeutschlands in nur wenigen Wochen. Im März 1991 sind von ehemals 6 Millionen Werktätigen in Ostdeutschland bereits 2,5 Millionen arbeitslos. Die Treuhand gerät immer stärker in die Kritik. Auch Helmut Kohl, „Kanzler der Einheit“, bekommt den Zorn der enttäuschten Ostdeutschen am eigenen Leib zu spüren.

Am 1. April 1991 wird Treuhandpräsident Rohwedder erschossen.<sup>34</sup> Der Mörder entkommt unerkant. Als Täter werden die RAF-Terroristen vermutet. Das Attentat wurde bis heute nicht aufgeklärt.



Neue Treuhandchefin wird die niedersächsische CDU-Politikerin Birgid Breuel.



Das ist eine völlig sinnlose Tat gewesen. An der Arbeit, an dem Ergebnis wird sich nichts ändern, weil wir in seinem Sinne weiterarbeiten werden.<sup>35</sup>

Die neue Treuhandchefin beschleunigt sogar noch das Tempo bei der Privatisierung und Abwicklung der ostdeutschen Firmen. Breuel ist sich mit der westdeutschen Industrie einig: Es geht nicht anders.



Im Nachhinein war es alternativlos, die Treuhandanstalt mit der Aufgabe so schnell wie möglich zu privatisieren. Das Kredo von Rohwedder und, das war das Kredo von Birgitt Breuel. Das ist dann auch durchgezogen worden, mehr oder weniger, natürlich auch mit einigen Fehlentscheidungen und ... oder einigen Gelegenheiten, wo sich mehr oder weniger Gauner der Sache angenommen haben. Aber im Großen und Ganzen, muss ich sagen, gibt's dazu keine andere Alternative

<sup>34</sup> Hier ist wichtig zu wissen, dass Rohwedder war für einige Hardliner, die für den schnellen Ausverkauf des DDR-Vermögens waren, zu zaghaft und vorsichtig und sogar, da wo möglich, einen Verkauf an die Werktätigen des Betriebes vorsah, dass also Beschäftigte des Betriebes Anteilseigner ihres Betriebes werden konnten. Das RAF-Attentat kann in diesem Licht eine Mord unter falscher Flagge angesehen werden.

<sup>35</sup> Birgid Breuer, geb. 1937 in Hamburg in einer Familie von Kaufleuten und Privatbankiers, Inhaber des Handels- und Bankhauses Münchener & Co.

und es ist auch gut gelaufen.<sup>36</sup>

Ich fürchte, es gab keine andere Alternative. Die Schwierigkeit ist ja, hab's ja vorhin auch gesagt, dass der Kapitalismus im Kommunismus landet. Darüber sind Tausende von Büchern geschrieben. Über den umgekehrten Fall nicht eins, und wir mussten dieses Stück aufführen ohne Partitur, ohne durchdachte Grundlage.

„Ohne durchdachte Grundlage“ und anfangs ohne wirksame Kontrolle privatisieren die Treuhand-Manager die DDR-Volkswirtschaft im Eiltempo. Für schnelle Firmenabwicklungen bekommen sie sogar Sonderzahlungen. Ein fataler Anreiz zum platt machen. Konsequenzen für Fehler und Nachlässigkeit müssen die Treuhand-Manager hingegen nicht fürchten.

Denn Finanzminister Weigel hat dafür gesorgt, dass die Treuhand-Manager bei Fehlverhalten nicht belangt werden können. Weigel hat auf Wunsch der Treuhand angeordnet, Vorstand und Verwaltungsrat **„von der Haftung für grobe Nachlässigkeit freizustellen. Für leichte Fahrlässigkeit gibt es Haftungsfreistellung bis zur Ebene der Referenten, mit freundlichen Grüßen Ihr Theo Weigel“**.



Es war sinnvoll und richtig, diese Haftungsfreistellung zu machen, wir hätten sonst qualifizierte Leute – qualifizierte Fachleute – äh... für dieses hoch risikoreiche Geschäft für Entscheidungen in kurzer Zeit nicht bekommen.<sup>37</sup>

Mit möglichen Folgen dieser Haftungsfreistellung musste sich Kriminaldirektor Uwe Schmidt beschäftigen. Er war damals Sonderermittler für Vereinigungskriminalität. Sein Spezialgebiet: die Übernahme ostdeutscher Kreditinstitute durch westdeutsche Banken. Schmidt untersuchte dubiose Geldbewegungen bei der Ostberliner Handelsbank. Während er noch ermittelte, verkaufte die Treuhand die Handelsbank an die westdeutsche Bank für Gemeinwirtschaft. Und die hatte wenig Interesse an „Vergangenheitsbewältigung“.

Hier gab es das grundsätzliche Problem, dass unter den Einfluss der Inhaber oder Anteilseigner auch bei der Herausgabe oder bei der Kooperation mit den Verfolgungsbehörden massiv gemauert wurde.<sup>38</sup>

Schmidt war der Verschiebung von Millionen durch DDR-Seilschaften auf der Spur. Ihm viel auch auf, das die Handelsbank für ungewöhnlich wenig Geld den Besitzer gewechselt hatte.

<sup>36</sup> Ludolf von Wartenberg

<sup>37</sup> Theo Weigel, ehem. Finanzminister

<sup>38</sup> Uwe Schmidt, Ermittlungsgruppe Vereinigungskriminalität ZERV

In einem internen Dossier erhebt Schmidt zentrale Ermittlungsgruppe schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung, die für den Bankverkauf verantwortlich war: „Mit dem vorzeitigen Verkauf der Mehrheitsanteile an der Deutsche Handelsbank AG hat sich der Bund wesentlicher Möglichkeiten der Vermögensaufklärung benommen.“



Wir sind jedem Vorwurf nachgegangen. Wir haben nicht nur selber, sondern wir haben auch Rechtskanzleien beauftragt, um jeden Vorwurf nachzugehen, jede Haftungsmöglichkeit äh... zu überprüfen und die Dinge gehen bis in die heutigen Tage hinein, äh... um nachzuforschen, auf welchem Weg die SED oder andere äh... Netzwerke äh... versucht haben, Kapital außer Landes zu bringen oder es anders zu verwenden. Das heißt: ...äh... Wir sind nicht untätig gewesen.<sup>39</sup>

Mit dem Banken-Deal sollte sich ein Untersuchungsausschuss beschäftigen. Volker Neumann war Obmann der SPD im Ausschuss. Er wirft der damaligen Bundesregierung vor, die Aufklärung verhindert zu haben. Als auch der Bundesrechnungshof den Banken-Deal kritisierte, ignorierte die Regierung einfach die Vorwürfe.

In Wirklichkeit wollte man wahrscheinlich nicht, dass wir zusätzlich Informationen herausbekommen, weil im Gegensatz zum Bundesrechnungshof, wir ja Zeugen unter Wahrheitspflicht vernehmen können, wir jede Akte beiziehen können (auch Staatsanwaltschaftsakten), das hat ... diese Möglichkeit hat der Bundesrechnungshof nicht. Und diese Angst saß offensichtlich sehr fest, bei unseren Kollegen von der Regierungskoalition.<sup>40</sup>

So kamen die Geschäfte der westdeutschen Banken nie an die Öffentlichkeit. 1998 stellte der Untersuchungsausschuss seine Arbeit ein. Doch der Rechnungshof-Bericht enthüllt, wie westdeutsche Banken Milliarden bei der deutschen Wiedervereinigung passierten, als sie sich ostdeutsche Geldinstitute einverleibten — zum Schnäppchen-Preis.

Der Rechnungshofbericht enthält Details der Banken-Deals, wird darum bis heute geheim gehalten. Zum Beispiel die Ostberliner Stadtbank: Sie ging für lediglich 49 Millionen D-Mark an die Berliner Bank. Der Bundesrechnungshof kritisiert, „dass der Kaufpreis zu niedrig bemessen war“. Denn die Berliner Bank erwarb damit gleichzeitig Alt-Kredit-Forderungen von 11,5 Milliarden D-Mark. Und diese Kredite waren bares Geld, kritisiert der Rechnungshof. „Schließlich hätte auch die Übernahme des beträchtlichen Altkredite-Volumens in den Kaufpreis einfließen müssen. [...] Darüber hinaus waren die übernommenen Forderungen durch den Bund gesichert.“



Die westdeutschen Banken haben den größten Reibach gemacht, weil sie das gesamte Finanzwesen mit einem Schlag bekommen haben, und damit sämtliche Verbindlichkeiten, sämtliche Altschulden, die in einer gewissen Weise natürlich unglaublich aufgewertet worden sind durch die Währungsumstellung.<sup>41</sup>

<sup>39</sup> Theo Weigel

<sup>40</sup> Volker Neumann, Untersuchungsausschuss DDR-Vermögen

<sup>41</sup> Werner Schulz, MdEP (Mitglied des Europäischen Parlaments), Treuhand-Untersuchungsausschuss

Zum Beispiel die Genossenschaftsbank der DDR: Für 106 Millionen DM ging sie an die westdeutsche DG Bank. Wieder zu wenig, laut Rechnungshof. Denn die DG Bank erwarb damit auch Altkredite im Wert von 15,5 Milliarden D-Mark — eine sichere Einnahme, denn der Bund garantierte die Rückzahlung dieser Altkredite. Ein Milliarden-Geschenk!



Das ganz entscheidende ist, dass die Haftung für die Kredite eben nicht bei den Banken lag, sprich bei der Deutschen Bank, sondern die Haftung, soweit's beispielsweise Betriebe betrifft, die Haftung lag bei der Treuhandanstalt. Wenn man so will, war es eine privatisierte Übernahmestrategie deren Risikokosten sozialisiert worden sind über die Steuerzahler und Steuerzahler<sup>42</sup> über die Instanz der Treuhandanstalt.<sup>43</sup>

Wir haben die Dinge damals bewertet, ... äh... und haben nichts verschenkt. Im Gegenteil. Wir waren doch drauf aus, möglichst viel zu erlösen ..äh... Denn es lag ja in unserem Interesse. Alles was wir mehr bekommen haben, hat unsere Schulden und hat unsere ...äh... hat unsere Verpflichtungen etwas reduziert. Aber: Wir brauchten natürlich auch die ...die Banken.<sup>44</sup>

Die Bundesregierung reagiert nicht auf die Kritik der obersten Rechnungsprüfung. Und die Treuhandchefin?

In ihrem Buch „Ohne historisches Vorbild“ feiert Birgitt Breuel eine Treuhandanstalt, die alles richtig gemacht hat. Sie fügt hinzu: **„Den Ansprüchen eines Deutschen Rechnungshofes konnte die Treuhand aber wohl nie gerecht werden“.**

Na ja, das ist das Verständnis von „Freihand“ und nicht von „Treuhand“. Und genauso hat Birgitt Breuel das auch betrieben. Sie hatte freie Hand für diese ganzen Entscheidungen. Es hat ihr niemand in die Suppe gespuckt, es hat ihr niemand über die Schulter geschaut. Die Fach- und Rechtsaufsicht ist durch das Finanzministerium nicht wahrgenommen worden.<sup>45</sup>

Die Bankenprivatisierung hatte für die DDR-Betriebsstandorte verheerende Folgen. Beispiel Eisenhüttenstadt: Einst eine sozialistische Musterstadt. Nach Massen-Entlassungen im Stahlwerk, den wichtigsten Arbeitgeber, hat sie heute 40 % ihrer Bevölkerung verloren. Die Folge: Viele Wohnungen stehen leer. Ganze Plattenbau-Siedlungen werden abgerissen.

Ich ging den Tag, als die Bagger ankamen, runter, und ...öh... zur Mülltonne und sah wie da so'n ... jetzt'n Stück mitten aus dem Block rausgerissen war. Also das war ... [kämpft mit den Tränen] Na ja, schon ein sehr bedrückendes Gefühl. Es is'n Stück Vergangenheit, das verlorengeht!

<sup>42</sup> sicher meinte er hier „Steuerzahlerinnen“

<sup>43</sup> Prof. Rudolf Hickel

<sup>44</sup> Theo Weigel

<sup>45</sup> nicht (wahr)?

DDR-Kombinate wie das Stahlwerk Eisenhüttenstadt produzieren bis zur Wende mit Gewinn. Den müssen sie an den Staat abführen. Aus diesen Gewinnen fließen von der Staatsbank Gelder an die volkseigenen Betriebe zurück, für Investitionen, für Betriebswohnungen Kindergärten und Kulturhäuser. Der Geldkreislauf einer zentral gelenkten Wirtschaft.

Das Ehepaar Piedemann **ist 1972<sup>46</sup>** in den Wohnblock in der Nähe des Stahlwerks gezogen gegen dessen Niedergang wehrte sich auch der Plattenbau. Die Tiedemanns gehören zu den letzten vier von einst 25 Mietparteien. Die Wohnungen für die Stahlarbeiter von Eisenhüttenstadt waren mit staatlichen Geldern erbaut worden. Gelder die sie auch hier im Eisenhütten-Kombinat selber erwirtschaftet hatten.

Verena Rühr-Bach von der Wohnungsbau-Genossenschaft macht die Privatisierungspolitik der Treuhand dafür verantwortlich, dass die Wohnungen der Stahlarbeiter heute nicht mehr kostendeckend verwaltet werden können. Die ostdeutschen Wohnungsgesellschaften sind noch heute, mit 10 Milliarden Euro Altschulden belastet.

Die Altschulden rühren natürlich aus der Wendezeit heraus. Wir haben ja zu DDR-Zeiten für den Wohnungsbau .. ähm ... Kredite vom Staatshaushalt erhalten, das heißt, wir haben Kreditverträge, aber der Staat hat die Zinsen — diese Kredite — bezahlt. Und zur Wende wurden einfach diese Kredite in unsere Bilanzen einbezogen — irgendjemand musste sie ja bekommen — und da wir Eigentümer der Häuser waren, gab das D-Mark-Bilanz-Gesetz vor, diese Verbindlichkeiten müssen bei den Wohnungsgesellschaften auftauchen. Und dadurch haben wir fiktive Kredite in unseren Büchern, die uns bis heute noch stark belasten.<sup>47</sup>

[38:45] Fiktive Kredite. Denn die Gewinne aus der Stahlproduktion und die Ausgaben für Wohnungen waren in der DDR-Wirtschaft Elemente einer staatlich gelenkten Wirtschaft. Aus Staatskrediten wurden Schulden bei Privatbanken. Eine Belastung bis heute.

Das Grundprinzip war, dass über'n Kredit, übers Geldwesen eine Kontrolle der Wirtschaft stattfinden sollte. Demzufolge war in der Kreditverordnung geregelt, dass jeder Betrieb

Nach der Währungsunion werden die DDR-Banken privatisiert. Jetzt sollen die Firmen die die Staatskredite in harter D-Mark an die Privatbanken mit hohen marktüblichen Zinsen zurückzahlen. Die ehemaligen volkseigenen Betriebe haben plötzlich **177 Milliarden D-Mark** Schulden — Schulden, die eigentlich gar keine sind!

verpflichtet war, Kredite aufzunehmen, um seine Produktion zu finanzieren.

[39:35] Die Schulden, vor allem die der Kommunen, die entstanden sind durch kommunalen Wohnungsbau, die in der DDR-Bilanz standen, sind im Grunde genommen bei den Kommunen hängen geblieben. Und dies ein ganz schwerer Einigungsfehler, der gemacht worden ist (und ich hab' darauf immer wieder hingewiesen). Der Einigungsfehler bestand darin, dass man nicht einen Schuldenschnitt gemacht hat und gesagt hat: So wir fangen jetzt ganz neu an. Also die Illusion irgendwelche Schulden sozusagen fortzuschreiben und abzuwickeln, die war ganz, ganz falsch.<sup>48</sup>

<sup>46</sup> Achtung: Keine Präpositionen vor Jahreszahlen! Es sei denn: „im Jahr 1977“

<sup>47</sup> Verena Rühr-Bach, Wohnungsbau-Genossenschaft

<sup>48</sup> Prof. Rudolf Hickel



Achtunddreißig Jahre haben die Tiedemanns hier gewohnt. Jetzt müssen auch sie raus aus ihrer Wohnung. Ihr Plattenbau wird abgerissen. So haben die ostdeutschen Wohnungsgesellschaften noch immer Milliarden Euro Schulden, auch für Wohnungen, die es längst nicht mehr gibt.

Das wir Altschulden für etwas bezahlen sollen, was wir gar nicht in Anspruch genommen haben. Bei uns sind eben<sup>49</sup> andere Bedingungen gewesen. Wir haben äh... ja, das Land nicht gekauft. In der DDR wurde ... war das Land staatlich. Und warum ... haben wir da jetzt Schulden drauf und sollen die jetzt Monat für Monat noch abbezahlen. Also, das is'ne Ungerechtigkeit, find' ich.<sup>50</sup>

1994, nach vier Jahren, beendet die Treuhand ihre Arbeit. Sie hinterlässt **250 Milliarden D-Mark Schulden**. Die werden im Bundeshaushalt als sogenannte „Erblasten Tilgungsfonds“ verbucht. Zwei Drittel davon sind bis heute nicht getilgt. Treuhandchefin Breuel blickt damals dennoch zufrieden auf ihre Arbeit zurück. Heute lässt sie sich dazu nicht mehr interviewen.

Übrig geblieben is' ein großer Schuldenberg, der in dem Erblasten-Tilgungsfonds versteckt wurde. Und im Übrigen, nicht Griechenland kann plötzlich Wunder erleben, dass man hochverschuldet in die Insolvenz gerät. Auch unser Staat hat in dieser Zeit einen enormen Schattenhaushalt angelegt und hat eine Einheit auf Pump hingelegt, die wir alle teuer bezahlen müssen und die uns heute eigentlich bis zum Stehkragen verschuldet hat.<sup>51</sup>

Eine ganze Volkswirtschaft wurde umgewandelt. Vom DDR-Sozialismus in die Marktwirtschaft bundesdeutscher Prägung.

Die Unternehmen, die aus der Sanierungsmaßnahme gerettet werden konnten, die sind vor allem in die Hände von westdeutschen Unternehmen gegangen — bis 85 %, auch ausländische Unternehmen sind dabei. Und wenn wir heute beklagen, dass wir im Grunde in Ostdeutschland keine maßgeblichen Unternehmen haben, deren zentralen Funktionen, deren Leitung in Ostdeutschland sitzt, deren Eigentum dort auch konzentriert, ist das eine Folge dieser Treuhandpolitik gewesen.<sup>52</sup>

Vor 20 Jahren kam die D-Mark in den Osten und mit ihr, die Marktwirtschaft. Der misstrauen bis heute viele ehemalige DDR-Bürger. Noch immer sieht sich jeder Vierte als Verlierer der Einheit. Dazu hat die Politik der Treuhand wesentlich beigetragen. Sie privatisierte, wickelte ab und lud ein, zu einem beispiellosen Beutezug.

*Ein Film von: Herbert Klar und Ulrich Stoll*

---

<sup>49</sup> (Dialekt) = eben

<sup>50</sup> Eva Tiedemann

<sup>51</sup> Werner Schulz

<sup>52</sup> Prof. Rudolf Hickel



## Interessante Kommentare zu dieser Dokumentation auf YouTube:

Genau dasselbe geschah in den Baltischen Ländern, in Bulgarien, Rumänien, in den Ländern ex-Jugoslawiens. Es fand eine systematische Zerstörung der Industrie statt. Genau das selbe erwartet die Ukraine. Die EU ist nicht daran interessiert Konkurrenten zu schaffen, sondern an den Märkten für den Absatz eigener Waren, und an den billigen Sklaven. Das ist die EU! Manche verwechseln die EU fälschlicherweise mit der UdSSR, die UdSSR war jedoch an der Entwicklung aller Republiken interessiert, es gab keine Republik, die einen niedrigeren Lebensniveau hatte, als Zentralrussland. Die Zentralasiaten wussten vor den 50er Jahren nicht - wie es ist in einem Haus zu leben. Die EU - Länder sind nur an der Ausbeutung neuer Beitrittsländer interessiert. (RaMola)

*Theo Weigel hat sich mit seiner Haftungsfreistellung strafbar gemacht und darüber hinaus den Betrug Vorschub geleistet und dessen Aufklärung verhindert. Wenn ich diese geschwollenen Reden der 'Möchtegern-Rechnungsprüfer' höre, da geht mir die Galle hoch.*

*Hier wurde Förderung zum Betrug geleistet und die größte Dreistigkeit war, dass die Profiteure des Ganzen mit Geld, das sie noch nicht einmal hatten, sich Immobilien 'unter den Nagel gerissen' haben, die anfangs durch die 'Un/-Treuhänder' als wertlos eingestuft worden sind.*

*Letztlich hatte man einen 'Sündenbock', den man für den Mord des Herrn Rohwedders bezichtigen konnte, um vermutlich von der Wahrheit abzulenken. An einen Mordanschlag durch die RAF glaube ich bis heute nicht.*

*Selbst die Wiedervereinigung ist eine der größten Lüge, da die DDR-, wie man es letztlich hat aussehen lassen, dem Wirtschaftsgebiet und US-Konstrukt Bundesrepublik Deutschland letztlich beigetreten ist. In Wahrheit hat Kohl<sup>53</sup> die Menschen mit der D-Mark in die 2+4 Verträge gelockt, der sich einst auch in etwa äußerte, "dass die Wirtschaft es richten werde, die im Gegensatz zur Politik mehr Ahnung habe". Alle Klüngeleien, die untereinander profitierten und letztlich den Steuerzahler bis heute dafür zahlen haben lassen.*

*Deutschland Ost hatte unbestritten seine 'Leichen im Keller', doch wird dies für die heutige Bundesrepublik mit Sicherheit ebenso zutreffen, zumal das System des sich immer marktradikaler entwickelnden, entfesselten und unkontrollierteren „Raubtierkapitalismus“ [...] genauso falsch und menschenzerstörerisch ist, wie der Kommunismus, den es ebenso zu überwinden gilt. Denn beide Systeme — die übrigens 'zwei Seiten der gleichen Medaille' sind — agieren auf Kosten 'des kleinen Mannes', den sie einerseits 'die Zeche zahlen lassen, und andererseits ausgrenzt, um selbst mächtig zu bleiben.*

*Der Begriff 'Privat-', da hier von Privatisierung der ostdeutschen Firmen die Rede war, auf die jene Leute so stolz sind, kommt vom lateinischen Begriff, 'Private' und bedeutet 'berauben' und diese Raubzüge haben sich diesbezüglich widerspiegelt. (Maria Götz)*

## Aufgabe: Was ist Ihre Meinung zu diesem Film?

<sup>53</sup> ehem. Bundeskanzler Helmut Kohl, „Vereinigungskanzler“ (1930-2017)